

### Am Sonntag Heldengedenken

Staatsakt in der Staatsoper — Vorbeimarsch vor dem Führer

Der Heldengedenktag wird vom ganzen deutschen Volk in Erinnerung an die Toten des Weltkrieges würdig begangen. Im Mittelpunkt des Tages steht wieder, wie in den Vorjahren, der Staatsakt in der Staatsoper, an dem in Anwesenheit des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht alle führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches teilnehmen.

Der Staatsakt, der um 12 Uhr mittags beginnt, nimmt folgenden Verlauf:

Trauermarsch aus der „Götterdämmerung“ von Rich. Wagner, gespielt von der Staatskapelle unter Leitung von Prof. Heger. — Gedenkrede des Generalfeldmarschalls Göring. — „Sch hatt' einen Kameraden“, gespielt von der Staatskapelle Berlin. — Deutschland- und Horst-Wessel-Lied.

Am dem Staatsakt nimmt eine Fahnenkompanie der Wehrmacht mit 36 Fahnen der alten Armee, drei Fahnen der alten Marine und drei neuen Fahnen der drei Wehrmachtsteile teil.

Nach dem Staatsakt schreitet der Führer vor dem Zeughaus die Front der Ehrenkompanien des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe ab. Danach legt der Führer im Ehrenmal einen Kranz nieder. Der Führer nimmt sodann mit seiner militärischen Begleitung von der Paradebühne vor dem Ehrenmal den Vorbeimarsch der vier Ehrenkompanien ab.

Zu beiden Seiten des Ehrenmals stehen 50 Offiziere der Kriegsakademie mit gezogenem Säbel Spalier. Zwischen dem Denkmal Friedrichs des Großen und der Schloßbrücke sind während des Staatsaktes und des Vorbeimarsches Ehrenformationen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sowie der Soldatenbünde und des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge angetreten.

### Feier der Wehrmacht am Heldengedenktag

Wie in den vergangenen Jahren finden auch diesmal am kommenden Sonntag Reminiscenzen aus Anlaß des Heldengedenktages Feiern der Wehrmacht statt. Für den Staatsakt in Berlin ist für alle Truppenteile Gemeinschaftsempfang befohlen. In Dresden wird wie bereits im vergangenen Jahr die Gedenkrede im Staatlichen Opernhaus um 10 Uhr unter Hinzuziehung der Truppenfahnen und der Fahnen des alten Heeres abgehalten, wobei der Kommandierende General des IV. Armeekorps und Befehlshaber im Wehrkreis IV General d. Inf. von Schwedler die Ansprache halten wird. In der Feier nehmen Abordnungen aller Truppenteile und Dienststellen des Standortbezirks Dresden teil. Der Reichsstatthalter wird der Feier beiwohnen; die Spitzen der Partei und ihrer Gliederungen, der staatlichen und kommunalen Behörden und die Bünde und Verbände werden vertreten sein.

Im Anschluß an die Feier im Opernhaus findet am Staatlichen Dörschen der Vorbeimarsch der Fahnenkompanie vor dem Oberbefehlshaber der Gruppe 3 General d. Inf. von Bodt statt. Am Ehrenmal auf dem Garnisonfriedhof und an den Ehren- und Erinnerungsmalen der alten Regimenter werden kurze Gedenkreisen abgehalten und Kränze niedergelegt.

Aus Anlaß des Heldengedenktages wird bei den Truppenteilen und Dienststellen für die von der Wehrmacht in Patenschaft übernommenen Heldengedenkstätten in Frankreich und Griechenland gesammelt.

zung so groß, daß man uns nicht sagen könnte, wir verfielen zu viel Land. Nachdem man aber den Bevölkerungsanteil künstlich herabgedrückt habe, rufe man heute, die Deutschen hätten zu viel Land, und wolle ihnen nun auch das noch fortnehmen.

### Möglichkeiten radikalsozialer Beteiligung an einem Kabinett Blum

Paris. Der Verlauf der Verhandlungen zur Bildung eines neuen Kabinetts hat am Donnerstagabend immerhin einige Aussichten für Léon Blum ergeben. Er hat die Radikalsozialen fragen lassen, ob sie an einer Volksfrontregierung teilnehmen wollen, zugleich aber auch die Kommunisten zur Beteiligung aufgefordert. Die Radikalsozialen haben darauf zwei Bedingungen gestellt, die auf eine

Ablehnung kommunistischer Wünsche hinauslaufen: Sie wollen vor allem nicht, daß Frankreich die Nichtmischungspolitik in Spanien aufgeben oder daß die Währungsfontrolle eingeführt würde.

Nun besteht die Möglichkeit, daß die Kommunisten vielleicht auch diesmal von einem Eintritt in ein sozialdemokratisch geführtes Volksfrontkabinett absehen und ihm nur bei Abstimmungen ihre Unterstützung zuteil werden lassen, wie schon beim ersten Volksfrontkabinett Léon Blums. Dann hätten die Radikalsozialen keinen Grund mehr, ihre Regierungsmitarbeit zu verweigern. Voraussetzung bleibt allerdings, daß Léon Blum ihre Rückfrage befriedigend beantwortet. Die Antwort Blums wird für Freitag vormittag erwartet.

Wenn sich die Verhältnisse in der angebotenen Richtung entwickeln, besteht für Blum die Möglichkeit, ein neues Kabinett noch im Laufe des Freitags auf die Beine zu stellen.

### Zwei Reden Dr. Ley

Anläßlich einer Arbeitsstagung der Fachabteilung „Banken und Versicherungen“ der Gauverwaltung Berlin sprach Dr. Ley im Sportpalast über die Notwendigkeit der Banken und Versicherungen, hob die Wichtigkeit einer gerechten und ausreichenden Altersversorgung hervor und betonte: Wir werden nicht ruhen, bis der letzte Jude aus den deutschen Banken verschwunden ist!

Anschließend sprach Dr. Ley in der Deutschlandhalle in einer Kundgebung der Beamten über das Verhältnis von Staat und Partei. Während die Partei die Grundzüge der Ehre, der Kameradschaft, der Pflichterfüllung durchzusetzen habe, müsse der Staat einen Zustand sichern, der sich als richtig erweisen hat; er muß für alle Zeiten sicherstellen, was die Partei an Problemen löste.

In diesem Zusammenhang erklärte Dr. Ley, daß die Partei nicht religionsfeindlich sei und betonte, daß die Partei die Probleme des Volkes anpacken, die Gegensätze im Volk ausgleichen und die Menschen zur Vernunft erziehen soll.

### Merkwürdige Volksabstimmung

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hielt am Mittwochabend bei einem Amtswalterappell eine Rede, in der er für den nächsten Sonntag, 13. März, eine Volksbefragung ankündigte.

Ähnlich wie in seiner Rede, die er kürzlich vor dem Bundestag hielt, legte Dr. Schuschnigg im einzelnen dar, wie nach seiner Ansicht der soziale, christliche und nationale Gedanke in Oesterreich zu verwirklichen und aus der Geschichte zu entwickeln sei. Er erklärte, nun müsse Ruhe sein, „kein einziger dürfe ein Quäntchen Schuld daran tragen, wenn der schwere Weg, den wir gehen müssen, im Interesse der Heimat und des Friedens nicht zum Erfolg führt. Mit dem Wunsch auf Einordnung aller Kräfte in der Vaterländischen Front und mit einem Dank an die Tiroler Grefutive schloß der Bundeskanzler seine Rede.“

Der Bundeskanzler hat in einem Aufruf folgende Parole für die Wahl befanntgegeben: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einig Österreich!“

### Die Durchführung der Abstimmung

Ueber die Durchführung der Abstimmung machte der Frontführer-Stellvertreter Minister Zernatto auf dem Amtswalterappell in Innsbruck folgende Mitteilung:

Abstimmungskommissionen werden für jeden Abstimmungssprengel nach den Weisungen des zuständigen Landeshauptmanns bzw. des Bürgermeisters der Stadt Wien bestellt. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und zwei bis vier Beisitzern, unter denen ein Arbeitnehmer und ein Arbeitgeber vorhanden sein müssen. Die Mitglieder der Abstimmungskommission müssen der Vaterländischen Front angehören und möglichst Amtswalter sein.

In den Abstimmungslökalen dürfen sich außer den genannten Personen keine weiteren Personen aufhalten, damit der Abstimmungsvorgang nicht „gestört“ werden kann. In den Lökalen wird der Text der offiziellen Abstimmungsfrage angebracht, ferner muß eine Auskunfts-person vorhanden sein, die über die Berechtigung zur Abstimmung und die Lokalverhältnisse Auskunft erteilt.

Beginn und Ende der Abstimmung wird durch den Landeshauptmann festgesetzt. Als Abstimmungsdokumente gelten die Vaterländische Front-Mitgliedskarte, die Mitgliedskarte des Bauernbundes, das österreichische Gewerbebuch und das Gewerkschaftsbuch oder Erkennungs-karten oder Heimatscheine oder Meldezettel, jedenfalls nur Dokumente, die die Identität nachweisen. In dem vorgelegten Dokument wird durch Stempelung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich befannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. Die das Abstimmungslökal betretenden Personen haben dem Vorsitzenden der Abstimmungskommission ihr Dokument vorzuweisen.

Wahllisten werden nicht geführt. Dort, wo der Landeshauptmann es anordnet, kann eine Liste derjenigen Personen, die die Abstimmung vollzogen haben, angefertigt werden. Vorkehrungen dagegen, daß nicht dieselbe Person an zehn oder 15 verschiedenen Stellen mittels verschiedener Ausweise abstimmt, sind nicht getroffen.

Die Abstimmung wird öffentlich durchgeführt, doch ist die Benutzung eines Briefumschlages erlaubt.

Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe von 5 mal 8 Zentimeter, der auf der einen Seite mit dem Wort „Ja“ bedruckt ist. Wer mit „Nein“ stimmen will, muß sich einen Zettel in genau der gleichen Größe selbst mitbringen und mit dem Wort „Nein“ beschreiben.

### Leere Stimmzettel bedeuten „Ja“

Ergänzend zu der Durchführungsverordnung ist mitzuteilen, daß Landeshauptmann Gleißner die Anweisung ausgegeben hat, alle durchstrichenen und leeren Stimmzettel als „Ja“-Stimmen zu zählen.

Weiter wird bekannt, daß vielfach in den Betrieben selbst abgestimmt werden soll, zum Teil sogar schon am Sonnabend. Selbstverständlich ist die Abgabe einer Nein-Stimme in Betrieben, wo ja die Wahlkommission, die nach Möglichkeit aus Amtswaltern der Vaterländischen Front bestehen soll, die Abstimmenden persönlich kennt, nahezu ausgeschlossen.

Da die Ja-Zettel einer Mitteilung der Vaterländischen Front zufolge offen abgegeben werden sollen, so steht natürlich von jedem, der seinen Abstimmungszettel in einem Briefumschlag abgibt, fest, daß er mit Nein gestimmt hat.

### Seh-Ingwart: Wir enthalten uns der Stimme!

Wie Reuter aus Wien berichtet, machte im Büro von Dr. Hugo Furb, des Vertreters von Dr. Seh-Ingwart, ein Sprecher Reuter gegenüber folgende autorisierte Erklärung:

Wir weisen unsere Anhänger an, sich bei der Volksabstimmung am Sonntag der Stimme zu enthalten. Wir sind grundsätzlich entschlossen, uns an das Abkommen vom 11. Juli 1936 und vom 12. Februar 1938 zu halten. Wir sind aber nicht bereit, unseren Entschluß in dieser Form kundzutun.

Darüber hinaus kann die Art und Weise, in der die Volksabstimmung herbeigeführt worden ist, nur mit einem Ausdruck charakterisiert werden, den ich vorziehen nicht zu gebrauchen. Sie wurde verwirklicht ohne Beratung mit dem Kabinett und hinter seinem Rücken. Die gesamte Art und Weise, in der die Abstimmung durchgeführt werden soll, macht es für ein Individuum möglich, mehrere Male abzustimmen und gibt den Beamten der Vaterländischen Front uneingeschränkte Kontrolle der Wahl, so daß die Türen für jede Art von Mißbrauch geöffnet sind.

„Der volkspolitische Referent der Vaterländischen Front Steiermark protestiert gegen die nach der Mai-Verfassung verfassungswidrige Volksabstimmung, verweist auf Artikel 65 und 172 der Mai-Verfassung, kündigt die diesbezüglichen Schritte an und verlangt vom Bundespräsidenten Wahrung der Verfassung.“

### Proteste wegen Verfassungswidrigkeit

Aus Graz sind an Bundespräsident Miklas sowie an Minister Dr. Seh-Ingwart folgende gleichlautende Telegramme gesandt worden:

„Der volkspolitische Referent der Vaterländischen Front Steiermark protestiert gegen die nach der Mai-Verfassung verfassungswidrige Volksabstimmung, verweist auf Artikel 65 und 172 der Mai-Verfassung, kündigt die diesbezüglichen Schritte an und verlangt vom Bundespräsidenten Wahrung der Verfassung.“

Wie verlautet, wird auch der volkspolitische Referent für Oberösterreich im gleichen Sinn bei den genannten Stellen Protest gegen die Volksabstimmung einlegen.

### Kommunistische Kundgebungen für Schuschnigg

In Amstetten und anderen Orten konnte man Kommunisten beobachten, die ganz offen das Sowjetabzeichen mit Sichel und Hammer trugen.

In Graz fuhr sogar ein Vaterländisch-Front-Lastkraftwagen rings behängt mit roten Plakaten und besetzt mit Kommunisten über den Ring und durch die innere Stadt. Die Autoinsassen zeigten den kommunistischen Gruß und schrien: „Hoch Moskau!“. Dazwischen hörte man auch Hochrufe auf Schuschnigg und Oesterreich. Die Straßenpassanten tiefen den Kommunisten zu: „Nieder mit Moskau!“

Diese Volksbefragung gibt in mehrfacher Hinsicht zur Verwunderung Anlaß. Die Ueberstürzung, mit der sie anberaumt ist, läßt nicht die geringste organisatorische Vorbereitung zu. Es können weder Wahllisten angelegt, noch Wahlausweise ausgestellt werden. So aber wird die Volksbefragung zu einer Farce. Die Ueberstürzung scheint Mittel zum Zweck werden zu sollen. Denn mangels Vorhandensein der Wahllisten und der Wahlausweise soll ja jedes Dokument Gültigkeit haben. Damit aber ist dem Mißbrauch der Weg geebnet. Jeder kann so viel Mal seine Stimme abgeben, so viel er Dokumente besitzt. Zu großem Bedenken gibt aber auch die Tatsache Anlaß, daß, wie angeführt, die Volksbefragung auch in Betrieben durchgeführt werden soll. Schon hier ist eine genaue Kontrolle über die Abgabe der „Ja“-Stimmen möglich. Unter den offen abgegebenen Ja-Stimmen muß ja eine „Nein“-Stimme, auch wenn sie im verschlossenen Umschlag abgegeben wird, ohne weiteres auffallen. Die Anlegung schwarzer Listen ist so ohne weiteres möglich, wie auch jene leicht festzustellen sind, die sich der Parole von Dr. Seh-Ingwart folgend, der Stimme enthalten. Aber selbst außerhalb der Betriebe kann die Wahl nicht mehr als geheim, sondern sie muß als öffentlich bezeichnet werden. Ganz abgesehen davon, wie schwierig es in vielen Fällen sein mag, nun den Stimmzettel für „Nein“ so anzufertigen, daß die Stimme auch wirklich gültig ist.

So spricht diese Volksbefragung allen Grundsätzen der Demokratie Hohn. Sie setzt einen großen Teil der österreichischen Staatsbürger unter schwersten Druck und beraubt ihn dessen, wovon gerade immer gesprochen wird, der Selbstbestimmung. Frei und offen das Denken und Fühlen zu äußern, ist bei dieser Farce unmöglich. Damit aber finden die letzten Jahre, in denen Hunderttausende um ihrer politischen Gesinnung willen ihre Existenz in Oesterreich verloren haben, eine Fortsetzung. Auch die Befragung der Wahlausweise mit Amtswaltern der Vaterländischen Front und die Fernhaltung aller anderen aus den Wahllokale, muß in diesem Zusammenhang bedenklich stimmen.

In einem eigenartigen Licht erscheint das Zustandekommen des Entschlusses zu dieser merkwürdigen Volksbefragung durch die Tatsache, daß die nationalsozialistischen Minister von diesem Schritt Schuschniggs keine Kenntnis hatten und auch die Reichsregierung nicht unterrichtet worden ist. „Bruch der Verfassung und der Abkommen vom 11. Juli und von Berchtesgaden“ sagen die Proteste an den Bundespräsidenten. Wer Schuschnigg zu dieser überstürzten Angelegenheit, aus der schon die Kommunisten Oesterreichs Nutzen zu ziehen suchen, getrieben hat, wissen wir nicht, unsere Kritik aber können wir nicht unterdrücken.

### Zwischenfälle in Steiermark

Nach einem Bericht des volkspolitischen Referats aus Judenburg, der bekannten Stahlindustriestadt der Steiermark, ist es dort zu Zwischenfällen gekommen. Die Insassen eines der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft“ gehörenden Kraftwagens aus Graz warfen auf Nationalsozialisten Steine. Als die Menge daraufhin Miene machte, den Wagen zu füttern, suchte dieser das Weite, wurde aber von der Gendarmerie eingeholt. Die Insassen wurden verhaftet. Man fand bei ihnen Pistolen, Totschläger und andere Waffen. — Auch in Graz haben sich im Laufe des Abends Zusammenstöße ereignet.

### Gedentage für den 14. März

1803: Der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock in Hamburg gest. (geb. 1724). — 1916: Die Deutschen erklimmen die Höhe „Toter Mann“ bei Verdun. — 1919: Volksabstimmung in der 2. Nordschleswig-Zone; 80 Prozent Stimmen für Deutschland. Sonne: A.: 6.19, U.: 18.02; Mond: U.: 5.05, A.: 16.17.

### Alle Jugend dem Führer!

Von Gebietsführer Wilhelm Busch

Zur Aufnahme des Jahrganges 1927/28 in die Hitler-Jugend hat der Reichsstatthalter in Sachsen an die sächsische Elternschaft folgenden Aufruf gerichtet:

„Deutsche Eltern! Wieder wirbt die Hitler-Jugend um die Aufnahme der Jungen und Mädchen in das Deutsche Jungvolk und in die Jungmädelschaft. Der Ruf gilt in diesem Jahr allen zwischen dem 1. Juli 1927 und dem 30. Juni 1928 geborenen gesunden Jungen und Mädchen.“

Ich appelliere an die nationalsozialistische Gesinnung aller Partei- und Volksgenossen in unserem Sachse, alle Jungen und Mädchen in das große Erziehungswerk der Hitler-Jugend einzureihen.

Das Ziel muß sein: Jeder gesunde Junge und jedes gesunde Mädchen des Jahrganges 1927/28 dem Führer!

Martin Dutschmann. Mit diesem Aufruf der Reichsstatthalter in Sachsen ist die Verbeaktion der Hitler-Jugend für die Neuaufnahme der Pimpfe und Jungmädel im Jahre 1938 eingeleitet. Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, tenu die Hitler-Jugend kein anderes Ziel, als die Werbung: Mein Führer.